*Mörstadt09.10.2015*

**Arbeiten für die Gemeinde**

*Von Karl M. Wirthwein*

**ASYLBEWERBER Mörstadter Rat will gemeinnützige Tätigkeit ermöglichen / Anleitung Problem**

MÖRSTADT - Die FWG Mörstadt will die Integration der in der Gemeinde lebenden Asylbewerber und ihre Akzeptanz in der Dorfgemeinschaft fördern. Einen entsprechenden Antrag stellten die Freien Wähler in der jüngsten Ratssitzung. Zum Hintergrund erklärte Fraktionssprecher Jürgen Glatzel, dass im Zuge der aktuellen Flüchtlingssituation auch in Mörstadt eine Gruppe von Asylbewerbern wohne. „Es wäre deshalb für alle Seiten wünschenswert, diese Menschen nach besten Kräften in die Dorfgemeinschaft zu integrieren. Für unsere Asylbewerber, die gerne arbeiten und Leistungen erbringen wollen, ist die ständige Untätigkeit ein großes Problem“, so Glatzel.

Noch Sprachprobleme

Aus rechtlichen Gründen ist die Aufnahme einer Arbeit jedoch nur auf dem nachrangigen Arbeitsmarkt möglich, also sofern kein Deutscher, EU-Bürger oder Asylberechtigter als Bewerber für die Tätigkeit infrage kommt. „Das ist schwierig. Zudem bestehen zurzeit noch erhebliche Sprachprobleme und selbst im Falle eines Arbeitsangebots ist der behördliche Genehmigungsweg schwierig und langwierig“, erklärte der FWG-Fraktionssprecher. Es gibt jedoch über ein wesentlich einfacheres Genehmigungsverfahren die Möglichkeit der gemeinnützigen Arbeit für 1,05 Euro pro Stunde für bis zu 40 Stunden im Monat.

Sinnvolle Projekte

Arbeiten für die Gemeinde sind in diesem Sinne gemeinnützig. Bei den in Mörstadt lebenden Asylbewerbern besteht die Bereitschaft, sich für diese Entlohnung in der Gemeinde zu engagieren. Allerdings muss die Gruppe angeleitet und die Arbeit beaufsichtigt werden. Diese Aufgabe müsste durch Ehrenamtliche geleistet werden. „Es ist nicht beabsichtigt, bestehende Gemeindearbeiten zu übernehmen oder zu ersetzen, sondern sinnvolle Arbeiten auszuführen, für die bisher Personal und Mittel nicht zur Verfügung standen“, betonte Glatzel ausdrücklich.

Ortsbürgermeister Horst Wendel (SPD) hält den Antrag für begrüßenswert, gab allerdings ein personelles Problem zu bedenken: Die Flüchtlinge müssten beaufsichtigt werden, aber dafür fehle es an Personal. Der Gemeinderat hat den Antrag befürwortet und beschlossen, dass sich Beigeordneter Volker Steuerwald (SPD) und der FWG-Sprecher Jürgen Glatzel gemeinsam um die Frage kümmern werden, wie diese Arbeiten organisiert werden können. Außerdem muss die rechtliche Lage bezüglich der Arbeitsverträge durchleuchtet werden. In einer der nächsten Ratssitzungen könnte schon ein erstes Ergebnis vorliegen.